

Zeitlose Selbstblockierung

Zeitlos ist sie schon, die *Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet* der Vereinten Nationen (Text: S.214ff. dieser Ausgabe), deren 20. Jahrestag unlängst von der Generalversammlung feierlich begangen wurde. Man hätte sie auch erst vor wenigen Wochen verabschieden können. Aber ihre Zeitlosigkeit gründet nicht in der Qualität ihrer Argumente. Sie wirkt aktuell, weil heute die gleiche Kräftekonstellation in den internationalen Organisationen wie damals verhindert, daß man über die Ursachen von Unterentwicklung und Armut überhaupt offen redet. Man beschränkt sich darauf, sich über erhabene oder doch lobenswerte Ziele zu verständigen. Von Strategien, die diesen Namen verdienen und der Verwirklichung dieser Ziele nützen, spricht man lieber nicht. Der Jubilar wirkt echt, weil er nichts bewirkte. Wir haben uns inzwischen daran gewöhnt, daß wirkungslose Erklärungen formuliert werden, und freuen uns, wenn in ihnen erhabene Ziele stehen.

Nun ist die Überwindung von Armut in der Dritten Welt ohne Zweifel die Grundlage von sozialem Fortschritt. Sie erfordert wirtschaftspolitische Maßnahmen. Gerade auf diesem Gebiet ist die Erklärung aber sehr dürftig. Wir erfahren nicht, mit welcher Wirtschaftspolitik die Armen ihre Arbeitskraft besser nutzen und Einkommen erzielen sollen. Die Erklärung spricht sehr allgemein von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Das steht in recht deutlichem Gegensatz zu den sehr klaren Forderungen zugunsten der Regierungen: Recht auf Nichteinmischung, Zuständigkeit für sozialen Fortschritt und das »Wohlergehen« ihres jeweiligen Volkes. Das Recht auf Teilhabe der Masse der Bevölkerung, des »Volkes«, wird ungenau gefordert, die Rechte der Regierungen aber werden äußerst präzise formuliert. Staatsklassen sichern sich wechselseitig zu, daß ihre Rechte, nicht aber ihre Pflichten zu konkreten Maßnahmen für die Überwindung von Unterentwicklung eingefordert werden können.

Inzwischen wird gerne von einer Krise der Entwicklungstheorie gesprochen. Ihre Pächter, die die Überwindung von Unterentwicklung primär von Investitionen erwartet haben, versuchen uns angesichts ihres Scheiterns einzureden, daß Entwicklung ein solch schwieriger Prozeß sei, daß es für ihn keine angebbaren Strategien gäbe. Zwar ist Entwicklung durchaus ein komplexer Prozeß, dessen grundlegende Mechanismen jedoch keineswegs völlig im Verborgenen liegen. Es reicht, daß Technologien entwickelt werden, mit denen die Masse der Menschen produzieren kann, und daß gesellschaftliche Strukturen entstehen, auf Grund derer diese Produzenten auch die Früchte ihrer Arbeit erhalten. Eine egalitäre Einkommensverteilung und die Beschränkung des Luxuskonsums der Reichen schaffen von der Seite der Nachfrage, die lokale Produktion einfacher Produktionsmittel zwecks Herstellung einfacher Produkte für einen wachsenden Konsum der Armen schafft von der Seite des Angebots die Voraussetzungen für einen Prozeß der Überwindung von Unterentwicklung. Deshalb müßte jede ehrliche Erklärung zu Fortschritt auf sozialem Gebiet bei Forderungen nach gesellschaftlichen Strukturreformen ansetzen.

Die herrschenden Klassen in den westlichen Industrieländern, die Bürokratien in den Ländern des realen Sozialismus und die Staatsklassen in der Dritten Welt können sich aber über den Vorrang von Akkumulation gegenüber expandierendem Massenkonsum gut einigen. Je wichtiger Akkumulation und Investition, desto wichtiger die Privilegierten in den drei Regionen der Welt. In den kapitalistischen Industrieländern hat dies weniger gefährliche Folgen für den Wachstumsprozeß, weil sich die Organisationen der Arbeiter bisher wenig um solche wirtschaftstheoretischen Aussagen gekümmert haben. In den Ländern der Dritten Welt kann aber eine solche Betonung des Vorrangs von Investitionen zur Rechtfertigung der Ungleichheit der Einkommen führen, ohne daß sich die Unterprivilegierten dagegen durch ihre Klassenkämpfe wehren könnten.

Als Ausgleich für den Verzicht auf innere Reformen in der Dritten Welt einigen sich der Westen und der Süden auf Proklamationen zur Erhöhung der Einnahmen des Südens über Hilfe und Rohstoffpreise (Souveränität über die natürlichen Ressourcen). Nun ist nicht zu bestreiten, daß die Dritte Welt im internationalen Wirtschaftsverkehr benachteiligt wird. Spätestens die Ölpreiskrise hat aber gezeigt, daß eine Erhöhung der Devisenein-

nahmen nur dann zur Überwindung von Unterentwicklung beitragen kann, wenn sie zur produktiven Beschäftigung der Masse der Bevölkerung und zum Aufbau von Kapazitäten zur lokalen Produktion von Investitionsgütern führt. Wenn dadurch die Abhängigkeit von Technologieimporten abnimmt und Wachstum durch Einsatz lokal gefertigter Investitionsgüter möglich wird, hört auch die Benachteiligung im internationalen Wirtschaftsverkehr auf: Wer Maschinen herstellen kann, der wird auf Importe verzichten, wenn er für Exporte zu geringe Preise erhält.

Wer aber die eigene Bevölkerung arm hält, um sich selbst Privilegien zu erhalten, kann nicht eine leistungsfähige Industrie besitzen. Er bleibt abhängig. Manche Staatsklassen sehen in der Forderung nach Vorrang für Investitionen die Rechtfertigung für den Verzicht auf die Umstrukturierung ihrer Produktionsapparate auf Massenkonsum. Nur durch diesen Verzicht können sie ihre Privilegien behalten. Sie ziehen trotz aller verbaler Forderungen die Abhängigkeit dem Ende ihrer Privilegien vor, solange diese Abhängigkeit nicht zur Abschaffung der Privilegien führt. Dies wird von den kapitalistischen Industrieländern und von den Ländern des realen Sozialismus leider akzeptiert. Die Forderung nach Nichteinmischung und die Forderung nach einer begrenzten Umverteilung zwischen dem Westen und dem Süden sichert dann Immobilismus und Privilegien der Staatsklassen. Dies paßt den herrschenden Klassen im Westen und stützt ihre Auffassung über die Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts. Und wenn nach 40 Jahren gescheiterter Akkumulation des Kapitals in der Dritten Welt erkannt wird, daß Entwicklung nicht nur vom Geld abhängt, dann erfinden die herrschenden Klassen die Notwendigkeit des Managements, um die Forderung nach Ausweitung der Massenmärkte als Voraussetzung von Akkumulation vergessen zu machen.

Die sozialen Ziele der Erklärung wirken deshalb weitgehend umgesetzt. Peinlich – aber aus verständlichen Gründen – wird verschwiegen, welcher Bezug zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und diesen Zielen hergestellt werden könnte. Man sollte hier schon darauf hinweisen, daß die herrschende Meinung in der Entwicklungstheorie eine Verbesserung der sozialen Lage der Armen in der Dritten Welt nur damit glaubt rechtfertigen zu können, daß sie von einer Verbesserung der Ernährung eine Erhöhung der Arbeitsleistung erwartet. Soziale Ziele können in der Erklärung nicht mehr als wesentliche Elemente auch wirtschaftlich begründeter Strategien der Überwindung von Unterentwicklung verstanden werden. Entsprechend schwach fällt die politische Unterstützung für soziale Ziele aus. Sie erscheinen als bloße Folge des wirtschaftlichen Wachstums, nicht aber als notwendige Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung. Für die sozialen Ziele müssen wegen der befürchteten Verminderung der für Investitionen verfügbaren Mittel Wachstumsverluste hingenommen werden, statt daß gezeigt würde, daß gerade die Orientierung des Wachstumsprozesses an solchen sozialen Zielen erst seine Beschleunigung erlaubt. Daß bei vermehrtem Massenkonsum die derzeit Unterbeschäftigten zur Produktion von Ausrüstungsgütern und Konsumgütern für die Bedürfnisse der Armen eingesetzt werden könnten, wird nicht erwähnt. Daß dabei Kapazitäten in der Investitionsgüterproduktion durch Ausbildung bei der Produktion einfacher Ausrüstungsgüter entstehen könnten, wird nicht gesehen.

Seit 1969 hat sich wenig geändert: Die Betroffenen sind in den internationalen Gremien nicht präsent. Weiterhin werden für die Überwindung von Unterentwicklung ungeeignete Strategien angewandt – sogar mit Gefahren für den sozialen Besitzstand in den westlichen Industrieländern, denken wir nur an die Forderung nach Lohnverzicht im Westen mit dem Hinweis auf die Konkurrenz aus Niedriglohnländern. Abgesichert wird dies mit der Deklamation auch sozialer Ziele, die nicht erreicht werden können, weil die Bedingungen für ihre Verwirklichung nicht genannt werden. Dies wird solange fort dauern, wie diejenigen, die vom sozialen Fortschritt profitieren sollen, nur Objekte von Entscheidungen sind und nicht an ihnen mitwirken. Mitwirkung wird sicher nicht zuerst auf der Ebene der Weltorganisation erfolgen. Hilfreich wäre es aber, wenn Erklärungen auf dieser Ebene nicht mehr mit dem Zweck abgegeben würden, als Feigenblätter für notwendige Klassenauseinandersetzungen vor Ort zu dienen. Deshalb sollten wir fordern, daß unsere Vertreter in der Weltorganisation solchen Erklärungen ihre Zustimmung verweigern, bis die Gründe für das Ausbleiben von Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet benannt werden.

Hartmut Elsenhans □